

Handeln können

Herzogenrath. Die attac-Gruppe Wurmthal hat für die ansehende Herzogenrather Ratssitzung am 16. September einen Antrag gestellt, der die Stadt Herzogenrath dazu auffordert, sich gegen das geplante Handelsabkommen zwischen der EU und den USA auszusprechen. Die Antragsteller von attac glauben, dass durch ein transatlantisches Handelsabkommen die kommunale Daseinsvorsorge unter Privatisierungsdruck geraten könne – etwa bei der Wasserversorgung oder dem ÖPNV. Außerdem sehen die Aktivist*innen u.a. Risiken für bestehende Arbeitnehmerrechte sowie Standards im Umwelt- und Verbraucherschutz. Selbst Finanzmarktregeln würden dann einer privaten Schiedsgerichtsbarkeit unterworfen, in der internationale Unternehmen gegen Staat und Kommune klagen können – umgekehrt aber nicht. (red)

Super Sonntag 31.8.14